

Sélection d'article sur la politique suisse

processus

Rohstoffbranche

Imprimer

Éditeur

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Contributions de

Bernhard, Laurent
Zumbach, David
Zumofen, Guillaume

Citations préféré

Bernhard, Laurent; Zumbach, David; Zumofen, Guillaume 2025. *Sélection d'article sur la politique suisse: Rohstoffbranche, 2013 - 2015*. Bern: Année Politique Suisse, Institut de science politique, Université de Berne. www.anneepolitique.swiss, téléchargé le 28.06.2025.

Sommaire

Chronique générale	1
Economie	1
Politique économique	1
Situation et politique conjoncturelle	1
Droit des sociétés	1

Abréviations

EFD	Eidgenössisches Finanzdepartement
APK-NR	Aussenpolitische Kommission des Nationalrates
BIP	Bruttoinlandsprodukt
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
WBF	Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

DFF	Département fédéral des finances
CPE-CN	Commission de politique extérieure du Conseil national
PIB	Produit intérieur brut
DFAE	Département fédéral des affaires étrangères
DEFR	Département fédéral de l'économie, de la formation et de la recherche

Chronique générale

Economie

Politique économique

Situation et politique conjoncturelle

RAPPORT
DATE: 27.03.2013
LAURENT BERNHARD

Die Rohstoffbranche war in den vergangenen Jahren zunehmend in die Kritik geraten. Ende März verabschiedete der Bundesrat den «**Grundlagenbericht Rohstoffe**», der unter der Co-Leitung von drei Departementen (EDA, EFD und WBF) erstellt wurde. Darin wurde die volkswirtschaftliche Bedeutung des Sektors unterstrichen. Die Schweiz hatte sich in den vergangenen Jahren zu **einem der bedeutendsten Handelsplätze von Rohstoffen** entwickelt. Gegen 500 Firmen waren in diesem Bereich tätig. Sie beschäftigten rund 10'000 Personen und waren vor allem in der Genferseeregion, in Zug und im Tessin domiziliert. Die Branche erwirtschaftete Nettoeinnahmen von rund CHF 20 Mrd., was 3.5 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) entsprach. Mit diesem Anteil überflügelte sie den Tourismus (2.7%) oder den Bankensektor (2.6%). Im Zusammenhang mit dem Abbau von Rohstoffen verwies der Grundlagenbericht auf eine ganze Reihe von Problembereichen: Korruption, Umweltschädigungen, Menschenrechtsverletzungen, illegaler Goldabbau, Finanzierung von lokalen Konflikten und Steuervermeidung. Der Bericht benannte drei politische Handlungsfelder: Erstens erhöhte Standards der Transparenz und Rechenschaftspflicht, zweitens eine Stärkung der Kapazität der Entwicklungsländer im Hinblick auf die Besteuerung, die Rechtsdurchsetzung und die Kontrolle durch die Parlamente und die Öffentlichkeit und drittens neue Gesetze nach internationalem Standard, um multinationale Unternehmen auf die Einhaltung von Menschenrechten, Umweltschutz und sozial fairen Normen zu verpflichten. Der Bundesrat sprach sich gegen sektorspezifische Regulierungen aus. Er kündigte jedoch an, eine Vernehmlassungsvorlage zu prüfen.¹

POSTULAT
DATE: 11.06.2013
LAURENT BERNHARD

In diesem Zusammenhang überwies der Nationalrat in der Sommersession ein Postulat seiner Aussenpolitischen Kommission (APK-NR), das den Bundesrat damit beauftragte, einen Bericht bezüglich der **Transparenz im Schweizer Rohstoffsektor** zu erarbeiten. Die Landesregierung sollte der Frage nachgehen, ob in Bezug auf die mögliche Einführung von Transparenzvorschriften der gesamte Schweizer Rohstoffsektor (d.h. sowohl börsennotierte als auch nichtnotierte Rohstofffirmen sowie Förder- und physische Handelsaktivitäten) einzubeziehen war und wie sich der Bundesrat für globale Transparenzstandards einsetzen konnte.²

Droit des sociétés

POSTULAT
DATE: 15.06.2015
GUILLAUME ZUMOFEN

Le Conseil national a adopté le **classement du postulat** suite au rapport **sur la transparence dans le secteur des matières premières**.³

POSTULAT
DATE: 07.09.2015
DAVID ZUMBACH

Im Juni 2014 verkündete der Bundesrat, dass er mehr **Transparenz im Schweizer Rohstoffsektor** wolle und entsprechende Bestimmungen in die Aktienrechtsrevision einbauen werde, die er auf Ende Jahr in die Vernehmlassung zu schicken beabsichtigte. Der bundesrätliche Bericht ging auf ein Postulat der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats (APK-NR) und eine von insgesamt 17 Empfehlungen des Grundlagenberichts Rohstoffe aus dem Jahr 2013 zurück. Im Bericht führte der Bundesrat aus, dass die Schweiz als international führender Rohstoffhandelsplatz "eine besondere Verantwortung" trage und mit einem Erlass von Transparenzbestimmungen zu verantwortungsvollem Handeln innerhalb des Rohstoffsektors beitragen könne. Jedoch dürfe, so der Bundesrat weiter, kein Wettbewerbsnachteil für Schweizer Unternehmen entstehen, weshalb die Transparenzvorschriften multilateral abgestimmt zu sein hätten. Entsprechend hielt der Bundesrat im Bericht fest, dass die im Rahmen der Aktienrechtsrevision geplanten Vorschriften – analog zu den EU-Richtlinien – nur für börsennotierte sowie grosse, in der Rohstoffförderung tätige Unternehmen gelten würden. Die vom Bundesrat vorgeschlagenen Regelungen sahen vor, dass Zahlungen, die bei der Förderung von Rohstoffen an staatliche Stellen geleistet werden, jährlich offengelegt werden müssen.⁴

- 1) Medienmitteilung BR vom 27.03.2013; NZZ 28.3.13; TA, 28.3.13.
- 2) AB NR, 2013, 921 f.
- 3) FF, 2015, p. 2873
- 4) Medienmitteilung EJPD vom 25.6.14